

Rededuell Strauß – Mikojan

Deutsch-sowjetische Abkommen unterzeichnet – Lebhaftes Gespräch

Bonn (Eigenbericht). Die feierliche Unterzeichnung der ersten seit Kriegsende getroffenen deutsch-sowjetischen Abkommen im großen Saal des Auswärtigen Amtes in Bonn war der offizielle Höhepunkt des Besuches der zweiundzwanzigköpfigen sowjetischen Regierungsdelegation unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Anastas Mikojan. Die sowjetische Delegation war am Vormittag zu ihrem vierstägigen Besuch in der Bundesrepublik auf dem Frankfurter Flughafen in einem sowjetischen Düsenverkehrsflugzeug „Tu-104“ eingetroffen. Anlässlich der Begrüßung durch Bundesaußenminister von Brentano, bei der Unterzeichnung sowie bei dem Empfang für die Sowjetdelegation in der Redoute in Bad Godesberg kam es zu mehrfachen beiderseitigen Ansprachen und einem vielbeachteten Rededuell zwischen Bundesverteidigungsminister Strauß und dem sowjetischen Delegationsführer Mikojan.

Bei dem Empfang des Bundesaußenministers in Godesberg, an dem das diplomatische Korps sowie Vertreter der Industrie und des öffentlichen Lebens teilnahmen, standen sich plötzlich im Ring zuschauender Journalisten Mikojan und der Bundesverteidigungsminister in einem „rhetorischen Boxkampf“ gegenüber. Strauß fragte, warum die Russen ihren schlechten Berater Ulbricht nicht nach Moskau schickten, Bonn würde ihm gern eine Pension zahlen. Mikojan fragte zurück, warum man denn in Bonn Angst habe, mit Ulbricht zu verhandeln. Darauf Strauß: „Wir haben keine Angst vor Ulbricht, aber vor den Russen.“ Mikojan erstaunt: „Vor uns?“ Strauß: „Ja, wie Zwerge vor Riesen.“

Die dazwischen gefallene Bemerkung von Bundesfinanzminister Eitel, mit dem Mikojan vorher ein langes Gespräch geführt hatte, er werde Strauß weniger Geld für die Rüstung geben, wenn die Russen bereit wären, „nach Hause zu gehen“, schien der sowjetische Minister nicht verstanden zu haben. Mikojan lächelte. Die freundliche Atmosphäre des Besuches und vor allem dieses Zusammentreffens wurde in politischen Kreisen Bonns allgemein beachtet.

Vorher hatten Außenminister von Brentano, Sonderbotschaf-

ter Lehr sowie der sowjetische Delegationsführer Mikojan, der stellvertretende Außenhandelsminister Kumykin und der als Deutschlandkenner bekannte stellvertretende Außenminister Semjonow ihre Unterschriften unter die Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr, die Fragen des Handels und der Seeschifffahrt und unter das zugehörige Protokoll sowie unter den Konsularvertrag im Auswärtigen Amt vollzogen. An-

lässlich der Unterzeichnung wies das AA in Bonn ausdrücklich darauf hin, daß die deutsch-sowjetischen Vereinbarungen über die Repatriierung von Deutschen aus der Sowjetunion am 8. April mündlich ausgetauscht wurden. Sie sind deshalb auch jetzt in Bonn nicht unterzeichnet worden.

Bei der Unterzeichnung sagte Brentano mit deutlicher Anspielung auf die Frage der deutschen Wiedervereinigung: „Wir haben nur eine Grundlage, auf der weitergebaut werden kann, wenn der Geist, in dem die Verträge abgeschlossen worden sind, auch in größeren Fragen lebendig bleibt und wirksam wird.“ In seiner Antwort ging Mikojan auch nicht andeutungsweise auf die deutsche Spaltung ein. Er sagte nur, die Entwicklung der politischen Lage in Europa werde davon abhängen, wie sich das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Deutschland gestaltet.

Gegensatz im Ostblock verschärft

Jugoslawiens KP kritisiert die erneute „Politik des Druckes“

Laibach (ap/dpa). Der neue Gegensatz zwischen Jugoslawien und den übrigen Ländern des Ostblocks ist auf dem Kongreß der jugoslawischen KP offen zutage getreten. Bei der Rede des Vizepräsidenten und Parteiorganisationsleiters Alexander Rankovic, der von der Einleitung einer „neuen Politik des Drucks auf Jugoslawien“ sprach und die bisher schärfsten Töne seit der sowjetisch-jugoslawischen Versöhnung von 1955 anschlug, verließen die als Beobachter erschienenen Diplomaten der Sowjetunion und der übrigen Ostblockstaaten den Saal. Nur der Botschafter Polens blieb als Beobachter auf seinem Platz. Rankovics Rede enthielt in

ihrem letzten Teil Angriffe auf „bestimmte Leute in sehr verantwortlicher Stellung“ in den kommunistischen Nachbarstaaten, „die wieder anfangen, die alten verrosteten Waffen des Kominforms zu schärfen“.

Polen beglückwünscht Tito

Polens Staatspräsident Alexander Zawadzki übersandte Marschall Tito ein Glückwunschtelegramm aus Anlaß seiner Wiederwahl zum jugoslawischen Staatsoberhaupt. Der Besuch Marschall Titos in Polen, der für das Ende des Frühjahrs vorgesehen ist, wird in unterrichteten Kreisen Warschaws als ein Beweis für die gute Zusammenarbeit beider Völker gewertet.

Zwischen Bonn und Moskau

K. W. B. Die Bundesregierung ist auf die Wünsche eingegangen, die Moskau im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des schwer erkämpften Moskauer Abkommens hatte. Wenn man überhaupt ein führendes Regierungsmitglied aus Moskau in Bonn erwartet hatte, dann war es Gromyko, der Außenminister. Aber der Mann auf Molotows Platz, der bis zu diesem Augenblick die raue Veto-Stimme der UNO auf die außenpolitische Estrade des Kremles trug, wurde nicht nach Bonn geschickt. Mit Mikojan kam ein Mann, der in der politischen Hierarchie Moskaus höher steht als Gromyko, zweifellos aber in den Fragen Handel und Wirtschaft als der größte Fachmann ausgewiesen ist. Man soll die Tatsache, daß mit Mikojan der einzige Altgardist der bolschewistischen Führerschaft und der rangmäßig gewichtigste Mann nächst Chruschow nach Deutschland gekommen ist, nicht überbewerten; denn Mikojans Meriten um die kommunistische Diktatur liegen nicht sosehr auf politischem Gebiet als in der Anstrengung, das bolschewistische Weltreich ins erfolgreiche Geschäft mit dem Westen zu bringen.

*

Als eine große Geschäftsaktion wird man Mikojans Reise nach Deutschland zuerst ansehen müssen. Die Sowjetunion hat wohl zeit ihrer mehr als 40jährigen Existenz sich dem Handel mit kapitalistischen Ländern gegenüber nicht zimmerlich gezeigt. Aber ihre Geschichte beweist, daß sie bei dieser scheinbaren Verbindung von sehr Paradoxem auch sehr bewußt Politik zu treiben verstand. Und Mikojan ist seit beinahe drei Jahrzehnten für diesen sowjetischen Expansionsweg nicht nur Experte, sondern mehr und mehr der führende Mann geworden. Heute insbe-

sondere, da die Eroberungsschlachten in Wirklichkeit auf den wirtschaftlichen Feldern im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika und in Europa erfochten werden, ist der wirtschaftliche Verstand ein sehr wesentliches politisches Instrument gerade der sowjetischen Führung geworden. Die Trennung von Politik und Wirtschaft im Gespräch mit den erwünschten westlichen Partnern ist deshalb häufig genug nur eine willkommene Tarnung, um dem politischen Spiel gefahrfreie Sphären zu schaffen.

*

Das deutsche Wirtschaftsphe-nomen ist für Moskau ein Politikum hohen Grades. Mit ihm Verbindungen herzustellen, muß dem Kreml als einer der vielleicht noch denkbaren Wege erscheinen, die deutschen Energien mindestens ebenso auf die sowjetischen Kraftlinien zu lenken, wie sie bis jetzt mit den Amerikanern und dem westlichen Europa verbunden sind. Es ist selbstverständlich, daß Mikojans Bemühung nicht darauf zielen kann, der Bundesrepublik heute die Zugehörigkeit zur NATO madig zu machen. Wenn es in den Gesprächen mit Adenauer, Bren-tano, vielleicht auch Erhard, um die Gegenüberstellung der beiden Standpunkte in Sachen Aufrüstung und Abrüstung gegangen ist, so hat die gegenwärtige sowjetische Mission in der Bundesrepublik doch stärker die Verbindung mit dem wirtschaftlichen Potential und der wirtschaftlich-sozialen Gewichtigkeit der deutschen Wiederaufbauleistung gesucht.

Natürlich gelten keine Erinne-rungen an die Entwicklung vor einem Menschenalter, sosehr gerade sie das Rolandswerther Bulletin der sowjetischen Bot-schaft zum Besuch der sowje-tischen Politiker haargenau beschworen hat: Jene Erinnerun-gen, die die Entwicklungsreihe der deutsch-sowjetischen Be-ziehungen vor 30 Jahren mit dem Handelsabkommen began-nen und dann zum Freund-schaftsvertrag fortführen ließen.

Heute steht gegen solche mög-liche Wiederkehr der Entwick-lungen die Faust, mit der Mos-kau den östlichen Teil Deutsch-lands umklammert hält. Deshalb sah sich die sowjetische Dele-gation in ihren Bonner Ge-sprächen auch jenem Trommel-feuer von Fragen gegenüber, die immer wieder auf das eine zielten: Wir könnten diesen Weg über das Handelsabkom-men sehr viel schneller und sofort zum Freundschaftsbünd-nis von sehr weitgreifender Ver-pflichtung gehen, wenn ihr vorerst den in sowjetischem Gewahr-sam befindlichen Teil Deutschlands frei leben und frei entscheiden laßt.

*

Das deutsch-sowjetische Ver-hältnis tritt mit dem Abschluß der Moskauer Abkommen in eine neue Phase ein. Trink-sprüche und Unterzeichnungs-toasts sprechen pflichtgemäß von einer Aufbesserung der Be-ziehungen, die jetzt zu erhoffen ist. Aber die deutsche und auch die sowjetische Seite wissen, daß hinter solchen Erklärungen erst der Abbau der Gegensätze und der Aufbau der Gemein-samkeiten beginnen muß. Es ist nicht anzunehmen, daß eine mehrtägige Direkt-Aussprache über die Meinungen und Gegen-meinungen das bekannte jahre-lange Gegeneinander beseitigen kann. Aber es ist zu erwarten, daß Mikojan lebendige Eindrücke davon nach Moskau mit-nehmen wird, warum die Bun-desrepublik sich so intensiv und entschlossen mit der westlichen Welt zur Verteidigung dieser Welt zusammengeschlossen hat. Es ist dazu zu hoffen, welche Möglichkeiten es gibt, um die Bundesrepublik zum Freund der Sowjetunion zu machen. Daß Moskau dies möchte, unter-stellen wir trotz der gegensätz-lichen Sprache, mit der die „Iswestija“ die sowjetische Reise in die Bundesrepublik begleitet hat. Die Freundschaft zur Bundesrepublik — dies machten die deutschen Regie-rungsmitglieder Mikojan und seinen Begleitern klar — ist nur möglich mit der Freundschaft zum ganzen Deutschland.

Täglich 9000 DM für Verschickungen

Fernseh-Lotterie erfolgreich angelaufen — Schon 4000 Freiplätze gesichert

Berlin (Eigenbericht). — Hochbetrieb herrscht seit Tagen in der Redaktion „Berliner Kinderhilfswerk“ im Hamburger Fernsehsender. „Wir hätten nicht gedacht, daß die Bundesbürger so spontan auf unsere Sendungen zugunsten der Verschickung Berliner Kinder reagieren würden“, erklärte der Leiter dieser Redaktion, Jochen Richert, dem TAG am Telefon. „Neben mir rasselten acht Schreibmaschinen, und wir haben zwölf Stunden am Tag zu tun, um alle Freiplatzmeldungen, Geldspenden usw. zu verbuchen.“

Bereits während der ersten Ringsendung des Deutschen Fernsehens waren über 2800 Freiplätze für Berliner Kinder gemeldet worden. Diese Zahl hat sich inzwischen auf über 4000 erhöht.

Auch der Bundespräsident, der im Verlauf dieser Ringsendung gesprochen hatte, lud inzwischen zehn Berliner Kinder ein, ihre Ferien im Schwarzwald und im Allgäu zu erleben. Jetzt lief auch die erste Sendung der diesjährigen Fernseh-Lotterie unter dem Motto „Kleine Leute — große Reisen“ über den Bildschirm, und es werden sicherlich nicht nur die verlockenden Gewinne, darunter ein Mercedes, 150 Zentner Ruhrkohle, ein Zentner Bohlenkaffee, Fernsehgeräte, 25 Reisen zum Teil ins Ausland und das Einfamilienhaus im Isartal sein, die viele Zuschauer bereits veranlaßten, auf das Postscheckkonto Hamburg 1000 00 einzuzahlen.

Übrigens sind natürlich nicht nur Besitzer von Fernsehgeräten berechtigt, ihr Glück bei dieser Lotterie zugunsten der Berliner Kinder zu versuchen. Jeder, der wenigstens 5 DM auf das angegebene Postscheckkonto unter dem Stichwort „Berliner Kinder“ einzahl, spielt mit. Der Empfängerabschnitt der Zahlkarte, auf der die genaue Anschrift des Spenders vermerkt sein muß, gilt als Los. Die Ziehung für diese erste Fernseh-Lotterie findet am 8. Mai im Anschluß an das Fernseh-Abend-Programm statt. Aber man kann sofort wieder einzahlen, denn am 24. Mai beginnt die zweite Lotterie, deren Einsendeschluß der 12. Juni ist. Es findet sogar noch eine dritte Lotterie statt. Natürlich hat man für alle drei Ziehungen gleichwertige Gewinne zu bieten.

Schon vor der Fernseh-Lotterie waren über 35 000 DM an

Spenden eingelaufen. Allein 10 000 DM davon stiftete ein westdeutscher Lackfabrikant, der außerdem noch vier Berliner Kinder aufnehmen will. Auf die erfreute Rückfrage der Fernsehleute meinte er: „Wieso, das ist doch selbstverständlich. Meine Fabrik läuft gut, und die Berliner Kinder brauchen Sonne.“ Jedenfalls registrierte Jochen Richert gestern erfreut, daß das Konto Hamburg Nr. 1000 00 täglich um 9000 DM anschwellt. „Das ist mehr als im vorigen Jahr, damals waren es 3000 bis 4000 Mark täglich.“ Aber immerhin kamen 1957 auf diese Weise 2,8 Millionen DM zusammen. „Ich hoffe, wir schaffen es diesmal auch, so daß unser Plan, 40 000 bis 45 000 Berliner Kinder zu verschicken, Wirklichkeit wird“, erklärte Richert.

Um alle Fernseh-Zuschauer immer wieder auf diese Spendenaktion hinzuweisen, werden augenblicklich in den Hamburger Studios Filmstreifen für die jeweiligen Regional-Programme zusammengestellt. Und das

NWRV-Fernsehen selbst bringt „Neues von der Fernseh-Lotterie“ am kommenden Mittwoch, Freitag und Sonnabend, jeweils 19.50 Uhr, den rund eine Million Zuschauern dieses Gebietes. Doch nicht nur die Bewohner des Bundesgebietes, auch Fernseh-Zuschauer aus Holland, Belgien und der Schweiz haben inzwischen Freiplätze und Geld gespendet.

Lotto gab eine Million

Für die Ferien- und Erholungsreisen von Westberliner Kindern und Jugendlichen in das Bundesgebiet hat das Zahlen-Lotto 680 000 DM gespendet. Insgesamt wurden über 1 Million DM für soziale, karitative und kulturelle Zwecke ausgeschüttet. Davon erhält ein Kindererholungsheim in Wyk auf Föhr 27 000 DM, der Fonds für Studienreisen der Westberliner Hoch- und Fachschulen 25 000 DM, das Evangelische Diakonissen-Mutterhaus St. Michael 110 000 DM für den Bau eines Altersheims usw. Die Senatsverwaltung für Volksbildung bekam 100 000 DM zur Vervollständigung der „Galerie des 20. Jahrhunderts“. Zwei Gemälde von Antoine Pesne sollen für das Charlottenburger Schloß angekauft werden, außerdem wurde für 800 DM ein Gemälde von Heinrich Zille erworben.

Die Stellung Berlins

St. Berlin (Eigenbericht). Vor einer Gruppe von Attachés des Auswärtigen Amtes hat Bürgermeister Amrehn auf die immer noch außergewöhnliche völkerrechtliche Stellung Berlins hingewiesen. Zwar lasse die Sowjetunion, erklärte Amrehn, für Bürger Ostberlins deren konsularische Behandlung durch die konsularische Vertretung der Sowjetzonen-Regierung in der Sowjetunion zu und betrachte die Botschaft der UdSSR bei der Sowjetzonen-Regierung als konsularisch zuständig auch für Ostberliner Bürger, gleichzeitig aber werde die konsularische Zugehörigkeit von Westberlinern zu der konsularischen Vertretung der Bundesrepublik in

der Sowjetunion und die konsularische Beanspruchung der Botschaft der Sowjetunion in Bonn durch Westberliner nicht in dem Handels- und Konsularabkommen mit der Bundesrepublik geregelt, sondern ausgeklammert.

Es sei möglich, fuhr Amrehn fort, daß in der Praxis vielleicht keine Schwierigkeiten entstehen würden, da Westberliner Bürger Pässe der Bundesrepublik Deutschland hätten. Andererseits aber halte die Sowjetunion konsequent an dem Viermächtestatus Berlins fest; sie habe z. B. Einspruch gegen die Ausdehnung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf Westberlin erhoben.

Gegen die hektische Geschäftigkeit

In Saarbrücken wurde der 78. Deutsche Katholikentag von Berlin vorbereitet

F. D. Saarbrücken (Eigenber.) Der „78. Deutsche Katholikentag“, der in Berlin vom 13. bis 17. August stattfindet, hat in der abgelaufenen Woche hier seine geistige Vorbereitung gefunden. Um seine Arbeit zu vertiefen und sie in Ruhe vorbereiten zu können, hat das „Zentralkomitee der deutschen Katholiken“ diese Arbeit drei Monate vor dem eigentlichen Katholikentag gelegt.

In 17 Arbeitsausschüssen betreiben rund 600 Fachleute der einzelnen Arbeitsgebiete aus allen deutschen Landesteilen, Männer und Frauen und Jugend, in erfreulicher Anzahl, vor allem Laien und die Vertreter aller Verbände und der dazu berufenen Institutionen.

„Unsere Sorge der Mensch, Unser Heil der Herr.“

Dies Leitwort des Katholikentages war Ziel und Aufgabe der Arbeit. Der Direktor beim Zentralkomitee, Bernhard Hansler, nannte die Selbstkritik ein notwendiges Element des deutschen Katholizismus. Er verlangte mehr religiöse Leidenschaft, statt eifriger Emsigkeit, weniger Theorie und mehr Aktion. Er warnte davor, auf das Schlagwort des „Konformismus“ hereinzufallen und sich als „Nonkonformist“ auch im religiösen Bereich wichtig zu tun. Die Kirche biete „die Mannigfaltigkeit in der Einheit und in der Einheit die Mannigfaltigkeit“. Verbandsprinzip und freie Initiative hätten gleichberechtigt nebeneinander zu stehen.

Der Staatspolitische Arbeitskreis wandte sich gegen die Macht der Interessenverbände, forderte die Mitarbeit der Katholiken in einer politischen Partei und die Formulierung der christlichen Forderungen in den Parteien. Der Arbeitskreis Kirche und Heimat beschäftigte sich mit der religiösen und menschlichen Vielschichtigkeit des Flüchtlingsproblems. Die Wege einer Erziehung zur Gemeinschaft und Verantwortung auch innerhalb der Berufsbildung erörterte der Pädagogische Arbeitskreis, der von der Auffassung ausging, daß nur dort eine Erziehungsgemeinschaft

möglich sei, wo sie auf gleicher Gewissensgrundlage gelebt werde. Für die Erwachsenenbildung wurde es als besser bezeichnet, wenn sie von gesellschaftlichen Gruppen als von Staatsstellen getragen werde. Für die Freizeitpflege sei in erster Linie die Familie verantwortlich.

Die Arbeitsgemeinschaft Film erinnerte, daß alle Entscheidungen der Selbstkontrolle Mehrheitsentscheidungen seien, die Arbeit der Kirchen also nur begrenzt möglich werde. Für Film, Rundfunk, Fernsehen und Presse wird fortgefahren werden, Leser, Hörer und Zuschauer zu kritischer Aufnahme und Unterscheidung heranzubilden und ein urteilsfähiges Publikum auch über die katholische Organisationsarbeit zu schaffen. Auch sei Sorge zu tragen, daß die neuerdings als geschäftliches Zugmittel in einer bestimmten Presse betriebene nihilistische Kritik in ihren gefährlichen Folgen eingedämmt werde. Der Arbeitskreis billigte die Stellungnahme der kirchlichen Hauptstelle zu dem Problem eines privatwirtschaftlichen Werbefernsehens, das er ebenso klar wie einen Staatsrundfunk ablehnt. Die Beratung

zum Thema „Kult und Aktion“ wendet sich gegen die hektische Geschäftigkeit der Zeit und lenkt auf die Erneuerung aus Liturgie und Meditation. Der Arbeitskreis Caritas wendet sich gegen die oftmals funktionalisierte und dadurch dehumanisierte amtliche soziale Arbeit und verlangt die menschliche Begegnung in allen Fragen der Fürsorge und der sozialen Aktion.

Dies ist nur eine knappe Auswahl der geleisteten Arbeit. Sie hat auch sehr brennende Probleme der Gegenwart keineswegs beiseite gestellt. Sie hat dazu aber nicht öffentlich Stellung zu nehmen, wenn sie durch das kirchliche Lehramt und die päpstliche Verkündigung klar und eindeutig geregelt sind.

Kirchentage, sie mögen von der Evangelischen oder Katholischen Kirche veranstaltet sein, sind keine Massenveranstaltungen, so zahlreich die Gläubigen sein mögen, die sich dazu einfinden. Beter können niemals Massen sein. Die Saarbrücker Tagung hat dazu beigetragen, dem 78. Deutschen Katholikentag Berlin 1958 die geistige Grundlage und die innerliche Kraft zu sichern.

Denkschrift zur Konjunkturlage

CDU/CSU-Arbeitskreis: Konjunktur normalisiert

W. Bonn (Eigenbericht). In der Bundesrepublik vollzieht sich gegenwärtig der Übergang von einer überhitzten zu einer normalen Konjunktur, heißt es in einer Denkschrift des Wirtschaftspolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Arbeitskreis wendet sich damit gegen Befürchtungen, daß in Westdeutschland ähnlich wie in Amerika Produktion und Beschäftigung erheblich zurückgehen könnten. Bedenken werden nur gegenüber der gegenwärtigen Lohnpolitik geäußert.

Die Gewerkschaften — so heißt es in der Denkschrift — fordern Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen in einem Ausmaß, das bei dem verlangsamten Wachstum der wirt-

schaftlichen Leistungsfähigkeit nicht bewältigt werde. Die konjunkturelle Abschwächung in den USA und anderswo werde auf den internationalen Märkten zu einer Wettbewerbsverschärfung führen. Die deutsche Industrie müsse daher alle Anstrengungen machen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht zu verschlechtern. Die Verteuerung der Arbeitskosten habe hier besondere Bedeutung.

Die Wirtschaftspolitiker der CDU/CSU erklären, man müsse die Sozialpartner unter Umständen darauf hinweisen, „daß uns das Gesamtwohl der Bevölkerung am höchsten steht“. Wenn weiterhin nach dem Grundsatz „weniger Arbeit, mehr Lohn“ gehandelt werde, müßten die Preise in die Höhe klettern.

Stimmungen in Mitteldeutschland

A. B. Berlin (Eig. Ber.). Die Menschen in Mitteldeutschland sollen nicht zur Ruhe kommen. Die SED möchte die Bevölkerung immer in „Aktion“ sehen, bei der Parteiarbeit, bei Schulungen, Kundgebungen, Aufbau-schichten und in der Produktion, damit keiner zum Nachdenken kommt. Diese ständige Geschäftigkeit belastet viele, die sich ein wenig Freizeit bewahren wollen, um ihr Leben so zu gestalten, wie sie es möchten.

CHEMNITZ

Die politischen Hausierer gehén von Haus zu Haus und verlangen Unterschriften und Briefe an die Evangelische Synode in Berlin. Darin sollen sie protestieren gegen die atomare Aufrüstung. Die SED spricht vom Gewissen und spielt mit Gefúhlen der Menschen. Jede Form der Neutralität wird als gewissenlos abgelehnt.

HALLE

Professoren gegen Ulbricht. Große Resonanz hat die Aussprache der Hallenser Professoren mit dem 1. SED-Funktionär der Zone gehabt. Unter Gleichgesinnten flüsterte man sich zu: „Die haben es ihm aber gegeben.“ Die Martin-Luther-Universität Halle gilt noch immer als bürgerliche Bastion im roten Meer. Heftige Diskussionen gibt es innerhalb des Lehrkörpers über das Thema „Aberkennung akademischer Grade“ nach der Flucht aus der Zone. Man erwartet eine offizielle Stellungnahme aus der Bundesrepublik; einen Hinweis auf die Nichtigkeit politischer Aberkennungen. Auf der Burg Giebichenstein, wo jetzt eine Kunsthochschule untergebracht ist, hagelte es ebenfalls Vorwürfe. Die Staatspartei zeigt sich immer unduldsamer. Die SED-Zeitung „Freiheit“ beklagt sich über die „Fäulnis“ an den Hqhschulen. „In den Hörsälen niéste noch immer das alte Denken, während ringsum auf den

Schornsteinen rote Fahnen wehen. Viele wollen eine ideologische Koexistenz dulden.“

ROSTOCK

Bitte zur Kontrolle ... heist es plötzlich vor den Werktoeren der Neptun-Werft. Diese stichprobenartige Kontrolle wurde auf Grund von Hinweisen Betriebsangehöriger durchgeführt, schreibt die Betriebszeitung der Neptun-Werft. Als Erfolge gab man zwei Raummeter Holz an, Glóhbirnen, Schrauben, Spiegel, Kabel, Drahtgeflecht, Werkstücke und Farbe. „Werktätige der Werft würden sich selbst bestehlen“, beklagt sich die Zeitung, „und säckeweise gutes Holz verkaufen.“

„Das Äußere ist noch blaß“, beklagt sich die Rostocker Ostseizeitung, weil außer den offiziellen Stellen keiner die Stadt zum 1. Mai schmücken möchte. Die Lenin-Gedenkfeier war trotz freien Eintritts schlecht besucht. Die Boxkurse, die Gymnastikkurse, die Schachturniere, der Konzertabend mit der polnischen Meistergeigerin Wanda Wilkomirska, das Eishockey-Punktspiel waren überfüllt. Eine Unterhaltungsstätte besonderer Art wurde auf dem Pionierschiff „Vorwärts“ eingerichtet. Das schwimmende Theater mit 218 Plätzen ist für die Rostocker eine kleine Sensation. In diesem Jahr soll nun auch eine Sonderbriefmarke für den neuen Rostocker Übersee-hafen herausgegeben werden, die das Projekt mitfinanziert. Auf diese Weise sollen auch ausländische und westdeutsche Briefmarkensammler am Übersee-hafen „beteiligt“ werden.

MAGDEBURG

Arbeitsruhe auf dem V. Parteitag“. Die Jugendbaustelle V. Parteitag in Magdeburg beklagte sich über mangelhafte Arbeitsorganisation. Es gäbe zu viele Bummelstunden. Bis heute seien die Bauunterlagen nicht vorhanden. Es werden Geräte geliefert, die nicht zu gebrauchen seien, wie z. B. Karren mit verbogenen Achsen, schad-

hafte Wasserfässer u. a. Die Brigaden müssen auf anderen Baustellen „Ausweicarbeiten“ verrichten, weil keine Bretter vorhanden sind. Wenn Bretter geliefert sind, fehlen Zimmerleute, die sie einschalen.

Vorbereitungen zum 1. Mai. Die Kameraden Fallschirmsportler sollen Fallschirmsprünge vom Sprungturm zeigen. In der Stadt werden Schießstände errichtet, an denen die Bevölkerung das Schießabzeichen erwerben kann. Auf der Festwiese am Heinrich-Heine-Weg sollen Reitsportler Dressurreiten und Hürdensprünge vorführen. Auf dem Flugplatz Süd geben sich die Segelflug- und Motorsportler ein Stelldchein. Auf der Alten Elbe findet eine Segelregatta statt.

Besucher der FDP aus Hannover kamen in offiziellen Gesprächen mit Vertretern des Rates der Stadt zusammen. Private Begegnungen gab es nur am Rande. Aber davon berichtete die Presse nicht. Die Gäste wurden sehr Hofiert. Man sprach viel von Frieden und von der Anerkennung der DDR. „Eigentlich fanden sie keine Gesprächspartner“, kommentierte ein Magdeburger.

ZERBST

Jugendweihe und Konfirmation nebeneinander. Es ist keine Ausnahme in Zerbst, daß die Jungen und Mädchen neben der Jugendweihe auch an der Konfirmation teilnehmen. Den Auseinandersetzungen wird auf diese Weise die Spitze abgebrochen. Ein Lehrer aus Zerbst meinte, die Synode solle in Berlin beschließen, daß künftig Jugendweihe und Konfirmation nebeneinander bestehen können. Damit würde der Jugendweihe der Charakter einer Kraftprobe zwischen Staat und Kirche genommen. Die Kinder gehen dann eben zum Parteiappell und umgehen den inneren Konflikt.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

Amerikas Griff nach dem Mond

St. New York, Ende April
Als Präsident Eisenhower dem amerikanischen Kongreß einen Bericht unterbreitete, der ein detailliertes Programm wissenschaftlicher Erforschung des Weltraums und des Mondes enthielt, — da gab es in der Öffentlichkeit kaum irgendwelche nennenswerte Aufregung. Ein paar Monate haben genügt, um die Menschen an die erste Serie künstlicher Erdsatelliten so zu gewöhnen, daß der erste organisierte, geplante und wissenschaftlich-technisch fundierte Griff nach dem Mond kaum noch ein nennenswertes Interesse erzeugt. So ging, zu Unrecht, ein Dokument im Alltag unter, das vermutlich ein paar Monate vorher noch unzähligen Menschen schlaflose Nächte spannender Erregung bereitet hätte.

Reklamesucht?

Andererseits ist es natürlich leicht, die Vorankündigung amerikanischer Weltraumplanung mißbilligend mit Reklamesucht und Großmäuligkeit abzutun und der Vermutung Ausdruck zu geben, daß die Russen ja wohl das gleiche tun dürften, ohne vorher die Pferde scheu zu machen. Anscheinend aber liegt in diesem Falle die Sache doch ein wenig anders. Nachdem alle Welt bereits anlässlich der russischen Revolutionsfeier auf die Abreise des ersten russischen Sputnik zum Mond gewartet hatte, mußte vor kurzem die „Prawda“ amtlich mitteilen, daß „vorläufig“ die Sowjetunion keinen Vorstoß zum Mond plane, weil es technisch nicht möglich sei, von einem solchen Experiment irgendwelche wissenschaftlichen Ergebnisse zu erhalten.

Das erwähnte amerikanische Dokument ist in dieser Hinsicht anderer Ansicht. Mit bescheidenen Worten, die sich wohlthuend von früheren amerikanischen Weltraumankündigungen unterscheiden, wird mit der nüchternen Sprache moderner Wissenschaftler ein Projekt skizziert, das schlechthin atemberaubend ist. Ob es realisierbar ist, kann der Laie nicht beurteilen, daß es aber wissenschaftlich nützlich und wertvoll wäre, wird darin auch dem Laien plausibel gemacht. Schon allein die Hoffnung, daß ein nach dem Mond entsandter Satellit vielleicht zum ersten Male eine photographische Aufnahme der Rückseite des Mondes mitbringen könnte, die noch nie ein Mensch gesehen hat, dürfte das Herz jedes Astronomen höher schlagen lassen, — ganz abgesehen davon, daß Versuche mit Hilfe von Geigerzählern und seismischen Sondierungen die Materialbeschaffenheit des Mondes, sein Inneres usw. erkennen zu können, ebenfalls faszinierende Perspektiven eröffnen.

Die Planung verfolgt zur Zeit mehrere verschiedene Methoden. Die relativ einfachste ist noch, einen künstlichen Satelliten direkt zum Ziel zu schießen, wo er aufprallen und vernichtet werden würde. Ein verbessertes Verfahren ist, ihn dann rund um den Mond zirkulieren zu lassen, mit allmählicher Desintegration als Ende. Idealer, aber technisch viel schwieriger ist der dritte Weg des „sanften“, d. h. mit Gegenraketen gebremsten, Aufpralls auf dem Mond — und das höchste aber auch schwierigste ist sanfter Aufprall mit späterem neuem Start und Rückflug auf die Erde. Bemerkenswert, daß diese phantastisch klingenden Zukunftsvisionen in einem offiziellen Regierungsdokument niedergelegt worden sind und jetzt vom amerikanischen Parlament sachlich diskutiert werden. Die

ganze dazugehörige technische Maschinerie wird sich in den nächsten Wochen in Bewegung setzen sowie der erforderliche 340-Millionen-Kredit vom Kongreß bewilligt ist.

Zivilbehörden zuständig

Bemerkenswert an dem Unternehmen ist es auch, wie diese überwältigende Aufgabe angepackt wird. Erfreulich außerdem, daß das in einem gänzlich unmillitärischen Geist geschieht: „Wir sind nicht in einem Wettrennen mit den Russen“, erklären die Techniker des Pentagon, die auch nicht direkt an eine militärische Bedeutung des ganzen Unternehmens glauben. Im Mittelpunkt steht, zunächst wenigstens, die Suche nach wissenschaftlichen Erkenntnissen. Deswegen soll auch der Griff nach dem Mond demnächst einer Zivilbehörde anvertraut werden.



FRISCHER WIND AUF DEM KURFÜRSTENDAMM. Im ersten Frühlingssonnenschein (von l. n. r.) die Filmsternen Sabine Sesselmann, Renate Ewert und Regina Petrowa.

Zerreißprobe für die Kirche

R. Berlin (Eigenbericht) Vierzig Männer und Frauen aus Mitteldeutschland und Ostberlin stehen seit Tagen unter einem heilslosen Druck. Mit allen Mitteln der Propaganda, der terroristischen Verunglimpfung und der massiven öffentlichen Drohung fordert der SED-Staat von diesen vierzig Angehörigen der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, daß sie sich bei ihren Entscheidungen nicht von ihrem Gewissen, sondern von den Befehlen des SED-Regimes leiten lassen. Sie haben, so erklärt Pankow, auf der am Sonnabend zusammentretenden gesamtdeutschen Synode der EKD gegen die Atombewaffnung der Bundesregierung zu protestieren, die Evangelische Kirche insgesamt zur Aufkündigung des Militrseelsorgevertrages mit der Bundesregierung zu zwingen und schließlich den Hauptberatungspunkt dieser kirchlichen Versammlung „Kirche und Erziehung“ von der Tagesordnung der Synode abzusetzen. Sollten sie nicht parieren, dann müssen diese vierzig Männer und Frauen angeblich damit rechnen, von ihren Mitbürgern als „Helfer der westdeutschen Imperialisten und Militaristen bei der Vorbereitung eines Atomkrieges betrachtet zu werden“. Selbstverständlich hat die SED-Regie dafür gesorgt, daß Namen und Adressen dieser vierzig öffentlich bekanntgemacht wurden.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um sich vorzustellen, was hier von der SED politisch beabsichtigt ist. Der Staat von Pankow sieht offenbar die Stunde gekommen, um durch Druck, Drohung und Einschüchterung die mitteldeutschen Gliedkirchen von der EKD abzuspalten, das Einigungswerk des großen Bischofs Wurm zu zerstören und die Christen in seinem Bereich in den gerade noch geduldeten Winkel für hoffnungslos Aberglubische zu verbannen.

Der Angriff auf den letzten Raum freien Menschentums in der sogenannten DDR ist wohl vorbereitet. Jener relativ unbeachtet gebliebene Erlaß des Volksbildungsministers Lange vom 12. Februar gibt die ge-

wünschte Handhabe, um nun auch den Religionsunterricht und jede kirchliche Unterweisung durch auf den Atheismus und den Unglauben verpflichtete Schulleiter kontrollieren zu lassen. Wird dieser Erlaß durchgeführt, sind wieder einige Verfassungsgrundsätze der sogenannten DDR auf dem Verwaltungswege außer Kraft gesetzt — alle jene nämlich, welche die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Freiheit des Religionsunterrichts und das ungehinderte Recht der Kirchen auf Unterweisung im christlichen Glauben sichern sollten. Darum ist das schon vor einem Jahr von der Synode festgelegte Thema über die Erziehung den SED-Machthabern so fatal. Die Synode kann gar nicht anders, als die drohende Verletzung der primitivsten religiösen Rechte in Mitteldeutschland festzustellen und davor zu warnen. So

Planck-Feier in Ostberlin

H. Berlin (Eigenbericht) Die Ehrung sollte dem großen Physiker Max Planck gelten. Es wäre auch sehr schön gewesen, hätte man zu seinem 100. Geburtstag die Zonen- und Sektorengrenzen ignoriert und ihn sowohl hben wie drüben gleichermaßen und gleichzeitig ohne Hinterabsicht geehrt. Wer aber die Feier in der Ostberliner Staatsoper zum Anlaß unüberschaubarer eigener Ehrung nahm, das waren Ulbricht und Grotewohl: höchst augenfällige Ehrengäste in der Ehrenloge.

So befanden sich also unvermutet die anwesenden westdeutschen Professoren Max von Laue und Otto Hahn in der Gesellschaft dieser beiden Zonenpolitiker — deren besondere Einstellung zur Wissenschaft, speziell zu der gerade von Planck geforderten Wahrheit der Wissenschaft, in letzter Zeit nur allzu deutlich geworden ist durch die Flucht zahlreicher sowjetzonaler Professoren und Dozenten nach Westen.

War aber, so muß man fragen, das Erscheinen der Ehren-

wird der Militrseelsorgevertrag mit der Bundesregierung, der zwar auch von den mitteldeutschen Gliedkirchen angenommen, aber von dessen Anwendung sie ausdrücklich ausgenommen wurden, nur zu einem Vorwand.

Es ist zu hoffen, daß jene Minderheit unter den westdeutschen Synodalen, denen die Atomfrage vor allem am Herzen liegt, daß die Vertreter der sogenannten Bruderschaften der Bekennenden Kirche bei den bevorstehenden Beratungen keinen Augenblick vergessen, welchen atheistischen und rein politisch gemeinten Propagandaformeln sie aufsitzen würden, wenn sie ihre Brüder und Schwestern in Mitteldeutschland in der Frage der Jugend-erziehung und der Sicherung des freien Raums der christlichen Kirchen im totalen kommunistischen Staat im Stiche ließen. Dann würde die EKD die ihr auferlegte Zerreißprobe nicht überstehen.

gäste Ulbricht und Grotewohl wirklich nicht zu vermuten? Wer konnte denn wirklich annehmen, daß es sich diese beiden entgegen lassen würden, eine solche repräsentative Festveranstaltung unter Teilnahme bekannter Professoren der Bundesrepublik propagandistisch auszunützen? Ulbricht und Grotewohl als Förderer der Wissenschaft! Das müssen jetzt die drangsaliierten Wissenschaftler der Zone in Wort und Bild über sich ergehen lassen.

Man hätte das voraussehen müssen; „man“, das heißt alle Teilnehmer aus Westdeutschland und auch die Initiatoren solcher Veranstaltungen, denen guter Wille nicht abgesprochen werden soll. Es konnte sich Ulbricht und Grotewohl gar keine bessere Gelegenheit bieten, als „Freund der Wissenschaft“ aufzutreten und damit die immer stärker werdende Kritik aus den sowjetzonalen Universittskreisen wenigstens optisch zu entkräften. Ein Bemühen, berzonale Kontakte zu verbessern, ist mißbraucht worden. Man muß nach neuen Möglichkeiten suchen.



BILDER DER WOCHE: Bundespräsident Heuss stattete Berlin einen fünftägigen Besuch ab. Neben ihm der Regierende Bürgermeister Brandt. — Unten: Für die in Berlin weilende „Botschafterin der amerikanischen Mode“, Mrs. Cooke, wurde ein Empfang im Haus Gehrhus gegeben. Unser Bild zeigt Bürgermeister Amrehn im Gespräch mit Mrs. Cooke (links) und der Schwester des amerikanischen Außenministers, Mrs. Eleanor Dulles.

